

EINIGE ANMERKUNGEN ZUR DRITTEN WELTBEVÖLKERUNGS - KONFERENZ UND ZUR BEVÖLKERUNGSPOLITIK DER VR CHINA

Rüdiger Machetzki

Auf der dritten Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen, die im August in Bukarest stattfand, waren insgesamt mehr als 5000 politische und wissenschaftliche Delegierte aus annähernd 150 Ländern vertreten. Das Hauptthema der Konferenz sollte ursprünglich ein "Aktionsplan" der UNO sein, dessen inhaltliche Positionen den bevölkerungspolitischen Vorstellungen der USA und anderer westlicher Industrienationen (z. B. die Bundesrepublik Deutschland) nahekommen. Der "Aktionsplan" war gewissermaßen als mögliche Grundlage eines "unpolitischen", "technischen" Programms für Geburtenkontrollen konzipiert worden. Der Verlauf der Weltbevölkerungskonferenz machte jedoch von Beginn an deutlich, daß die große Mehrheit der Delegationen aus der Dritten Welt nicht gewillt war, die Bevölkerungsproblematik in sich isoliert zu betrachten. Ein solcher technischer Ansatz zielte nach ihrer Ansicht vor allem darauf ab, die Entwicklungsländer für ihre Schwierigkeiten allein verantwortlich zu machen; denn zur Hauptursache der Armut und der retardierenden Entwicklung würde letzten Endes fälschlicherweise die ungezügelte Bevölkerungsvermehrung der Dritten Welt erhoben. Eine solche "neomalthusianische" Argumentation der reichen Länder des Nordens ginge weitenteils an der Realität der südlichen Armut und Rückständigkeit vorbei. Geburtenkontrollbewegungen müßten als ein Bestandteil übergeordneter Entwicklungspolitik verstanden werden. Eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und entsprechende soziale Programme würden analog zur Geschichte der westlichen Staaten einen automatischen Rückgang des Bevölkerungswachstums nach sich ziehen.

Die gegenwärtige Realität einer mangelnden Entwicklung und Massenunterernährung in den südlichen Ländern sei nicht in erster Linie die Folge absoluter Knappheitserscheinungen. Vielmehr resultierte sie aus der "Ungleichheit" des sogenannten Weltwirtschaftssystems. So stehe fest, daß ein durchschnittlicher Bewohner westlicher Industriestaaten innerhalb eines Jahres ebensoviel an Rohstoffen und Energie verbrauche wie z. B. vier durchschnittliche Afrikaner während ihres ganzen Lebens. Das eigentliche Problem sei nicht so sehr die Bevölkerungsexplosion der südlichen Länder als vielmehr die Konsumexplosion der nördlichen Länder. Es stand zu erwarten, daß eine Ausweitung der Bevölkerungsthematik auf eine "Gesamtkritik" der weltwirtschaft-

lichen und entwicklungsstrategischen Abhängigkeitsverhältnisse zu verhärteten Fronten führen mußte. Auf der Seite der westlichen Länder zeigten nur Schweden und die Niederlande Bereitschaft zu einer langfristigen substantiellen "Selbstkritik". Auf der Seite der Entwicklungsstaaten gab es unterschiedliche Haltungen. Zwar schlossen sich die meisten asiatischen Länder der Kritik an den reichen Staaten an, aber sie befürworteten dennoch die Programmatik des "Aktionsplans". Im Gegensatz zu diesen Ländern - insbesondere zu Indien - lehnten viele afrikanische und lateinamerikanische Staaten die Geburtenkontrolle als Medium der Entwicklungspolitik grundsätzlich ab. Vielmehr befürworteten sie ein weiteres Wachstum ihrer Bevölkerungen. Sie wurden dabei nicht zuletzt von Vertretern des Vatikans unterstützt.

In diesen zwiespältigen Ansatz der Entwicklungsländer wirkte die Argumentation der VR China hinein. Zum einen forderte der Leiter der chinesischen Delegation, Huang Shu-tzu, zu Beginn der Konferenz die Löschung offizieller UNO-Angaben über die VR China. Die amtlichen UNO-Schätzungen, die sich für 1975 auf 840 Millionen beliefen, seien erstens falsch, und zweitens stellten sie den Tatbestand einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas dar. Mit dieser Ausgangsposition hatte die chinesische Delegation ihre Taktik für die Konferenz abgesteckt. Wie schon auf der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 war die VR China darum bemüht, die große Mehrheit aller Entwicklungsländer gegen die Position der "Supermächte" USA und Sowjetunion "politisch" zu mobilisieren.

Zum einen kam sie mit ihrer "nationalen" Unabhängigkeitsargumentation allen denjenigen Ländern entgegen, die ein bevölkerungspolitisches Diktat von außen befürworteten. Zweitens stützte sie ihre politische Linie gegen die "Supermächte" und die reichen Länder des Westens mit dem Hebel der weltwirtschaftlichen Ungleichheit ab. Nicht die Bevölkerungsgröße sei die Hauptursache der Armut, sondern die Ausbeutungspolitik der imperialistischen Mächte.

"In den vergangenen Jahren haben einige Leute das Argument verbreitet, daß die niedrige wirtschaftliche Entwicklungsrate, Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und hohe Sterblichkeit in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf das angebliche schnelle

und übermäßige Anwachsen der dortigen Bevölkerung zurückzuführen seien. Daher die Schlußfolgerung, daß eine hohe Bevölkerungszahl die 'Ursache aller Probleme' ist. Diese Erklärung entspricht nicht den Tatsachen und ist falsch. Die fundamentale Ursache, warum es in den Entwicklungsländern Armut und Rückständigkeit gibt, liegt in der Aggression und Ausplünderung durch den Imperialismus, in Kolonialismus und Neokolonialismus, besonders durch die zwei nach Hegemonie strebenden Supermächte. Dies ist die 'Ursache aller Probleme' " (NCNA, 22.8.74).

Der dritte Aspekt der chinesischen Konferenzpolitik, mit der auch diejenigen Länder der Dritten Welt gewonnen werden konnten, die eine aktive Geburtenkontrollpolitik befürworteten, war die bedingte Bejahung der "Kontrolle". Voraussetzung für eine konstruktive Bevölkerungspolitik sei allerdings die "nationale Unabhängigkeit" der jeweiligen Länder von den Supermächten. "Die Tatsachen haben bewiesen, daß viele Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika, wenn sie sich einmal von den kolonialen Fesseln des Imperialismus befreit und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erzielt haben, Armut und Rückständigkeit schrittweise durch den Einsatz eigener Ressourcen überwunden haben und auf dem Weg zum Wohlstand schreiten.... Jedes Land soll natürlich seine Politik auf der Grundlage der Bedingungen des eigenen Volkes erarbeiten. Die Bevölkerungspolitik kann jedoch nur gründlich ausgearbeitet und durchgeführt werden, wenn dieses Land keiner fremden Aggression oder Einmischung ausgesetzt ist, das Volk politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangte und Herr des Landes wurde" (NCNA, 22.8.74).

Mit dieser Argumentation rechtfertigte China zugleich die eigene kontrollierte Bevölkerungskonzeption, die in weiten Teilen der Dritten Welt als vorbildhaft gilt. Vereinfacht lautet die chinesische Formel also: Bevölkerungspolitik ja, aber nur in einem sozialistischen Land. Anders gesagt, "China konnte seine Wirtschaft erst nach dem Sturz der Herrschaft des Imperialismus und seiner Lakaien planvoll entwickeln, und erst danach konnte es seine Bevölkerung geplant wachsen lassen" (SWB, 27.8.74). Um die eigene Vorbildsposition zu bekräftigen, fühlte sich die VR China offensichtlich dazu veranlaßt, die statistischen Angaben der UNO durch eigene zu "korrigieren". So hieß es: "In den vergangenen 25 Jahren vermehrte sich die Bevölkerung Chinas um nahezu 60 % von ungefähr 500 Millionen auf nahezu 800 Millionen, während sich die Getreideproduktion des Landes mehr als verdoppelte, von 110 Mio t auf über 250 Mio t. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Bevölkerung um ungefähr 2 %, während die Getreideproduktion um 4 % anstieg. China ist immer noch ein sich entwickelndes Land, und der Lebensstandard bleibt relativ niedrig. Das Land hat jedoch erfolgreich alle mit Lebensmitteln, Kleidung und Arbeit versorgt" (NCNA, 22.8.74).

Bevor auf Einzelheiten der chinesischen Bevölkerungs-

politik und der chinesischen Zahlenangaben eingegangen wird, soll noch einmal betont werden, daß die zwiespältige Haltung der VR China auf der Bukarester Weltbevölkerungskonferenz nicht mehr aus propagandistischen Zwängen resultierte, sondern zu einem großen Teil auch das Ergebnis interner Entwicklungen ist. Die chinesische Geburtenkontrollpolitik hat sich im Verlaufe der letzten 25 Jahre nur einen unsicheren Weg durch die gegensätzlichen Zwänge eines ideologischen Optimismus und wirtschaftlicher Notwendigkeit gebahnt, ehe sie zum Bestandteil der "geplanten Entwicklung der Volkswirtschaft" wurde.

Die chinesischen Massenmedien betonen immer wieder, daß die VR China nicht an einer undifferenzierten Beschränkung der Bevölkerungszahl per se interessiert sei, sondern daß es sich um eine angepaßte Bevölkerungsplanung handelt.

"Das chinesische Volk billigt keine Anarchie, weder bei der materiellen Produktion noch beim Anwachsen der Bevölkerung. Der Mensch soll der Herr der Natur und seiner eigenen Rasse sein. Chinas Politik des geplanten Bevölkerungswachstums nützt der geplanten Entwicklung der Volkswirtschaft. Sie hilft die vollkommene Emanzipation der Frauen zu fördern und trägt zum Schutz der Mütter, Frauen und Kinder bei, gewährt der jungen Generation eine gute Ausbildung und verbessert die Gesundheit des Volkes und den nationalen Wohlstand" (NCNA, 22.8.74).

"China hat die ersten Erfolge in der Politik des geplanten Bevölkerungswachstums erzielt. Aufgrund der Planungsarbeit ist die Geburtenrate in den dichtbesiedelten Gebieten in verschiedenem Ausmaß zurückgegangen, während die dünnbesiedelten Gebiete der nationalen Minderheiten beachtliche Bevölkerungszunahmen vermeldeten. Die Politik wird nicht durchgeführt, weil es ein 'Überbevölkerungsproblem' in China gibt Chinas Politik des geplanten Bevölkerungswachstums zeichnet sich durch zwei Aspekte aus: die Einschränkung der Sterberate einerseits, die Familienplanung zur Regulierung der Geburtenrate andererseits. Familienplanung bedeutet mehr als Geburtenkontrolle, und die Maßnahmen sind je nach den Bedingungen verschieden. In dichtbesiedelten Gebieten werden Spätheirat und Geburtenkontrolle befürwortet.... In ländlichen Gegenden werden Männer und Frauen normalerweise dahingehend beraten, nicht vor 25 und 23 Jahren jeweils zu heiraten. Verheiratete Paare mögen Verhütungsmittel benutzen, je nach Alter, Gesundheit und Zahl der Kinder. In dünn besiedelten Gegenden, meistens von nationalen Minderheiten bewohnt, werden angemessene Methoden verwandt, um die Bevölkerungszahl steigern zu helfen... Das Prinzip ist, die Familienplanung auf freiwilliger Basis unter Führung des Staates durchzuführen" (SWB, 30.8.74).

Eine solche "freiwillige Basis" ist die einzige Möglichkeit, mit der die chinesische Führung auf absehbare Zeit arbeiten kann. Zum einen sind die traditionellen Wider-

stände gegen Einschränkungen der Familienzahl und gegen jegliche Art von Familienplanung, insbesondere in den rückständigen Dorfregionen, auch heute noch unübersehbar. Zum anderen fehlt einfach die administrativ-technische Organisation, um ein derartiges Unterfangen langfristig geplant zu gestalten. Sicherlich, während der letzten Jahre hat sich die Situation verbessert. "Unter dem Staatsrat sind in den Provinzen, Städten, Bezirken, Kreisen und ländlichen Volkskommunen führende Organe aufgestellt worden, um die Familienplanung zu lenken und eine korrekte Anleitung in der Zusammenarbeit mit medizinischen Institutionen zu geben". Aber nach eigenen Aussagen "hat China nur anfängliche Erfolge errungen. Die Tatsachen beweisen, daß China allmählich in der Lage ist, eine Situation zu bewirken, in der die Menschen sich selbst kontrollieren, indem sie ihr Wachstum planmäßig gestalten" (SWB, 30.8.74).

Diese optimistischen Aussagen müssen mit einer gewissen Reserviertheit betrachtet werden, wenn man die verschiedenen offiziellen statistischen Bevölkerungsangaben und die Darlegungen des Ministerpräsidenten Chou En-lai gegenüber ausländischen Wissenschaftlern gegenüberstellt. Zum einen spricht die Volksrepublik in ihrer Angabe für die Weltbevölkerungskonferenz von "annähernd 800 Millionen", von "ungefähr 2 %". Es handelt sich also um Schätzungen, nicht um Volkszählungsergebnisse, und es besteht keinerlei Veranlassung, diese Schätzungen für zuverlässiger zu halten als andere Schätzungen chinesischer und ausländischer Herkunft auch. So antwortete zum Beispiel Chou En-lai während seiner Darlegungen im August 1972, daß es zwar in den mittelfünfziger Jahren und auch 1964 - 1965 eine Volkszählung gegeben habe, seither jedoch nicht. Seiner Ansicht nach läge die chinesische Bevölkerungszahl "um 700 Millionen". Die Zuwachsrate seit 1970 betrage in städtischen Gebieten "um 1 - 2 %, auf dem Lande jedoch ist sie nicht so stark gefallen" (Siehe Loren Fessler, "The People's Republik of China and Population Policy", in American Universities Field Staff, East Asia Series, Vol. XX, Nr. 3, Mai 1973, S. 1).

Unter solchen Voraussetzungen muß die Volkszählung von 1953, die einzige öffentlich durchgeführte Zählung überhaupt, falsch sein. Wenn die durchschnittliche Zuwachsrate von 2 % richtig sein sollte, kann die Bevölkerungszahl 1953 nur wenig über 500 Millionen gelegen haben, während die amtliche Statistik von 583 Millionen sprach. Man muß dann davon ausgehen, daß die letzte amtliche Schätzung der Kuomintang-Regierung von 1948 - 463 Millionen - weitaus richtiger war, als die volksrepublikanische Ausgangsannahme. War jedoch die 1953-Zählung auch nur annähernd korrekt, dann muß die heutige Gesamtzahl der Bevölkerung eher mehr als 850 Millionen betragen - denn "annähernd 800 Millionen", und diese Schätzung wäre auch nur dann nicht zu niedrig, wenn man die Zuwachsrate von durchschnittlich 2 % akzeptiert. Wenn jedoch Chou En-lai von 1 - 2 % in den Städten seit 1970 sprach und von einer höheren

Prozentrate auf dem Lande, so stellt sich erstens die Frage: Wie hoch war die Rate vor 1970? und zweitens: Wie hoch ist sie heute auf dem Lande, das immerhin noch über 80 % der chinesischen Gesamtbevölkerung umfaßt? Es zeigt sich also, daß statistische Angaben über die VR China und ihre Bevölkerungspolitik nur von ausgesprochen begrenztem Wert zu sein vermögen. Sie können im Höchstfall als Indizien eines allgemeinen Trends verwandt werden, nicht jedoch als Richtwerte im konventionellen Sinne; denn wenn schon die Zählung von 1953 zu hohe Ungenauigkeiten aufwies, zu einer Zeit, da die VR China im Rahmen des ersten Fünfjahresplans auf den Höhepunkt ihrer statistischen Organisation zustrebte, so müssen die "technischen Schwierigkeiten", von denen Chou En-lai sprach, heute umgleich größer sein, da der administrative Apparat des Staates während der Kulturrevolution weitgehend zerschlagen wurde und nur unvollkommen wiederaufgebaut worden ist.

Die Frage, wie nun überhaupt die VR China die Größe ihrer eigenen Bevölkerung kennen kann, um ihre wirtschaftliche Planung entsprechend zu gestalten, wurde von Chou dahingehend beantwortet, daß die Zentralregierung die Berichte der Provinzen über den Nahrungsmittelverbrauch auswertet, um so zu einer Schätzung der Bevölkerungszahl zu gelangen. Dieses Verfahren weist insofern mögliche Fehlerquellen auf, als gute Ernten von den Produktionseinheiten zu tief angegeben werden, um den Konsumanteil zu erhöhen. Ferner ist es häufig üblich, den Tod von Familienmitgliedern nicht zu melden, um einen höheren Pro-Kopf-Anteil zu erzielen. Diese Vorgänge werden nach Chou En-lai nicht als Betrug am Staat aufgefaßt, sondern eher als "den Wohlstand im Volke erhaltend" bewertet (Loren Fessler, "China and Population Policy", S. 2 - 3).

Wenngleich also der VR China keine genauen Zensusangaben zur Planungsverfügung stehen, u.a. deshalb, weil keine zentrale Zensusbehörde existiert, so läßt sich dennoch nicht übersehen, daß die Volksrepublik das Prinzip des kontrollierten Bevölkerungswachstums grundsätzlich befürwortet und in der Praxis zu realisieren versucht. Selbst unter Berücksichtigung aller Fehlerquellen kann nicht geleugnet werden, daß substantielle Erfolge während der letzten Jahre eingetreten sind. Daß diese Erfolge zuerst in den städtischen Regionen sichtbar werden, ist keineswegs außergewöhnlich. Zum einen ist da die politisch-gesellschaftliche Kommunikation lückenloser als in den unzähligen kleinen Dörfern. Zum anderen sind auch die praktischen Voraussetzungen für medizinische Einrichtungen und Familienplanungsinstitutionen weitaus fortgeschrittener als auf dem Lande. An dieser Tatsache haben auch die angestregten politischen Bemühungen der Partei und des Staates seit der Kulturrevolution nur wenig zu ändern vermocht. Dennoch, auch hier zeigen sich beachtliche Unterschiede zu der Entwicklung, wie sie in den fünfziger Jahren und in den frühen sechziger Jahren ablief. Familienplanung und Geburtenkontrolle waren nicht immer ein grundsätzlich anerkanntes Prinzip der chinesischen Wirtschafts-

und Gesellschaftspolitik. Während der frühen 1950er folgten Partei und Staat zumindest offiziell der simplistisch-doktrinären Auffassung, daß die Bevölkerungsfrage unter den Vorbedingungen einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kein Problem als solches darstelle. Die Bevölkerungszahl, uneingeschränkt als Ausdruck menschlicher Arbeitskraft gewertet, wurde als positiver Faktor der wirtschaftlichen Zukunft eingestuft. Anders geartete Vorstellungen wurden als "malthusianische Fehllehren" und "feudalistische" Denkweise verurteilt. Erst ab 1954 - 1955 wurde eine gewisse Tendenz zur Umbesinnung sichtbar. Einzelne Fachleute in Partei und Staat begannen gleichsam damit, die "marxistisch-leninistische Theorie an die historische Realität Chinas anzupassen". Möglicherweise trugen die Ergebnisse der Volkszählung von 1953 und die ständig mehr drückenden agrarischen Produktionsprobleme nicht unwesentlich zu dieser Reorientierung bei. Noch im August 1952 hatte es geheißt: "Wie groß unser Land auch sein mag, es ist klar, daß, je größer die Bevölkerung ist, desto besser wir den neudemokratischen Aufbau vornehmen können und auf den Sozialismus zumarschieren können. Nur das kapitalistische System findet es unmöglich, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen" (NCNA, 2.8.52). Geburtenkontrolle war als "reaktionär", "inhuman" und als "Mittel zur Tötung des chinesischen Volkes ohne Blutvergießen" verurteilt worden. Im August 1953 jedoch veranlaßte der Staatsrat erstmals das Ministerium für Gesundheitswesen, Programme zur Geburtenkontrolle in Betracht zu ziehen (veröffentlicht 1957 in JMJP, 5.3.57).

Seit 1954 setzte dann eine Bewegung ein, die man als die erste Phase der Familienplanungskampagne bezeichnen könnte. Sie zeichnete sich noch weitgehend durch eine zwiespältige Haltung aus. Während der Kollektivierungsperiode 1955/56 wurde sie zeitweise von einem erneuten ideologischen Optimismus überlagert, und erst gegen Ende 1956 faßte sie wieder stärker Fuß. Ihren Höhepunkt erreichte sie dann im Zusammenhang mit der "Hundert-Blumen"-Phase Mitte 1957. Später fiel sie dem erneuten ideologisch-politischen Optimismus des Großen Sprungs 1958 zum Opfer, als der "Mensch wieder der wertvollste Faktor" wurde. In Kurzform läßt sich über diese erste Kampagne sagen, daß sie sich nicht so sehr an die Bevölkerung selbst richtete und zu einer tatsächlichen Familienplanung in der Alltagswelt des Volkes führte. Vielmehr muß sie als Klärungsprozeß innerhalb der Partei und des Staates verstanden werden, der sich in der offiziellen Presse abzeichnete, um die politische Basis auf eine spätere praktische Folgephase vorzubereiten. Erschwert wurde der Prozeß der offiziellen Reorientierung durch die innerparteilichen Linienauseinandersetzungen um die Fragen der landwirtschaftlichen und industriellen Zukunftsstrategie. Nachdem der Große Sprung in die "drei bitteren Jahre" übergegangen war und sich seit 1963 eine allgemeine Konsolidierung des Wirtschaftsgefüges abzeichnete, setzte die zweite Phase der geplanten Bevölkerungspolitik vorsichtig ein.

Im Unterschied zu der Frühform der fünfziger Jahre lag diesmal der Schwerpunkt nicht mehr auf der offiziellen Grundsatzdiskussion, sondern es ging eher um die praktische Organisation und das Ausmaß der ländlichen wie städtischen Familienplanung. Der Grundtenor war, daß "es das Ziel sei, die Geburtenplanung zu einer neuen Lebensgrundlage in unserer Gesellschaft zu machen". Herausragendes Kennzeichen der Kampagne war die fortgesetzte Massendiskussion über die Schäden und Nachteile der Frühheirat und frühen Mutter- wie Vaterschaft. Die Kampagne verlief damit weitgehend entlang den vorher abgelehnten "malthusianischen" Vorstellungen. Nach allem war auch das Grundrezept des Pfarrers Malthus im frühen 19. Jh. moralische Festigung und Enthaltbarkeit gewesen. Abgesehen davon, daß Frühheirat als "selbstsüchtige Haltung gegenüber dem Staat und der Gesellschaft" verurteilt wurden, führte die offizielle Propaganda auch das Element der medizinischen Nachteile in die Diskussion ein. Es wurde vor den großen gesundheitlichen Gefahren gewarnt und abschreckende Fallbeispiele waren häufig der Inhalt von Massenveranstaltungen.

Es ist keineswegs zufällig, daß sich die Führung und die Fachbehörden während der frühen sechziger Jahre auf eine "moralisch-spartanische" Linie der Familienplanungspolitik einstellten. Zum einen waren die Widerstände gegen jegliche Beschränkung der Familienzahl, insbesondere unter der ländlichen Bevölkerung, noch weitaus stärker, als sie es heute, ein Jahrzehnt später, sind. Zum zweiten hatte die Partei die Autoritätskrise der "drei bitteren Jahre" noch nicht völlig überwunden, und zum dritten fehlte es an den staatlichen Institutionen einfach an substantiellen Mitteln, um eine Familienplanung anders als mit einem "moralischen" Schwerpunkt zu führen. Zwar zeichnete sich bis 1965 eine allmähliche Verbesserung der organisatorischen Familienplanungsebene ab, aber diese Ansätze reichten bei weitem nicht aus, um das riesige Land auch nur annähernd wirkungsvoll zu erfassen. Hinzu kam, daß es unmöglich schien, in nur wenigen Jahren die praktisch-medizinischen Voraussetzungen und die Produktion der medizinischen Industrie so weit voranzutreiben, daß mehrere Hundert Millionen Menschen mit den Mitteln der Familienplanung entsprechend versorgt werden konnten, ohne selbst finanziell belastet zu werden.

Die dritte Phase einer praktischen und langfristig erfolgversprechenden Familienplanung setzte erst nach der Kulturrevolution 1969/70 wieder ein. Zwar hatte es im Gegensatz zur Periode des Großen Sprungs keine bedeutsamen Antifamilienplanungsäußerungen gegeben, aber die Zerschlagung der Partei- und Staatsorganisationen sowie das allgemeine politische Klima waren nicht dazu angetan, eine ihrer Natur nach dauerhafte und kontinuierliche Familienplanungsbeziehung zu fördern. Seit 1970 jedoch hat die Bevölkerungspolitik eine ungeteilte organisatorische und operationelle Aufmerksamkeit aller Ebenen der staatlichen Hierarchie empfangen. Tenor der neuen Phase ist: Ein sozialistisches Land, das

alles plant, muß auch das Bevölkerungswachstum planen. Die neue Phase zeichnet sich gegenüber der Zeit vor der Kulturrevolution durch zwei Merkmale aus. Erstens scheint Familienplanung politisch nicht mehr umstritten zu sein. Das heißt, sie ist ihres ideologischen Explosivcharakters im Rahmen von innerparteilichen Auseinandersetzungen beraubt worden und hat gewissermaßen eine "selbstverständliche" Qualität erlangt. Zweitens ist die Bewegung selbst in das Stadium der praktisch-medizinischen Grundlage eingetreten. Das heißt, die

VR China ist heute in der Lage, die Bevölkerung großen Teils mit den organisatorischen und medizinischen Mitteln zu versorgen, die die entscheidende Voraussetzung einer wirksamen materiellen Familienplanung darstellen. Unter diesen Voraussetzungen darf die Hoffnung geäußert werden, daß die statistischen Angaben zur Bevölkerungspolitik der VR China in Zukunft eine detaillierte Qualität annehmen werden, die sie bisher aufgrund mangelnder administrativer und produktionsbezogener Voraussetzungen nicht besitzen konnten.